

Informationen des Stadtverbandes

8/2016

So sieht's aus (2016)

Die Situation an den Schulen wird überlagert von dem offiziell errechneten Fehlen von 39 Lehrkräften. Bedenkt man, dass es sich dabei um einen Mangel von ca. 1.000 Lehrer*innenwochenstunden handelt, überraschen die Auswirkungen an den Schulen niemanden:

1. Die Schulen berichten darüber, dass der Unterricht laut Stundentafel kaum gewährleistet werden kann. Der Bedarf ist ungleich verteilt; die Spitzenwerte weisen ein Fehlen von 3 Stellen aus. Darüber hinaus gibt es keine Reserven: Die von der Senatorin angekündigte Krankenvertretungsreserve von 6 % ist fiktiv – der tatsächliche Krankenvertretungspool ist leer.
2. Die Zahl der Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung wächst. Ungeachtet der Mühe, die sich diese Kolleg*innen geben, sind die Schulen gehalten, unterstützend tätig zu werden. Der Begriff „Doppelbesetzung“ erhält eine neue Ausrichtung. Nicht die Förderung der Schüler*innen ist gemeint, sondern die Einarbeitung neuer Lehrkräfte. Ihr Anteil beträgt zum Teil 1/4 bis 1/3 eines Kollegiums.
3. „Förderung“ ist ein Kernanliegen der Schulreform. Diese kann vielfach nicht mehr gewährleistet werden. Wird DAZ- oder LRS-Förderung überhaupt umgesetzt, dann müssen die Auswahlkriterien für die Teilnahme an diesen Kursen verschärft werden: Nicht der Bedarf entscheidet, sondern die Kapazität. Die Sprachförderung insgesamt wird nicht den Anforderungen gerecht; persönliche Assistenzen fehlen zu Schuljahresbeginn.
4. Wichtige Profile der Schulen gehen verloren: Der Schulgarten verwildert, die Bibliothek bleibt geschlossen. „Jugend trainiert“ gerät unter Druck: Den Schulen bleibt nichts anderes übrig, als sich auf den Unterricht zu konzentrieren – bedeutende Lernmöglichkeiten werden den Kindern verwehrt, deren Wert unumstritten ist, denkt man beispielsweise daran, die Lust am Lesen zu wecken.

5. Dies geht so weit, dass die Schulen die Arbeit an wichtigen demokratischen Lernzielen nicht gewährleisten können, indem die Betreuung der Schüler*innenvertretung gestrichen wird.
6. Stark kritisiert werden ebenfalls Zustand und Umfang der Räumlichkeiten: Zwar sind alle Schüler*innen derzeit „untergebracht“, aber nur, da an einigen Standorten Fach- zu Klassenräumen umgewidmet wurden; erstere fehlen dann. Der Zustand bislang nicht renovierter Gebäude ist schlecht, ein Renovierungsstau in Millionenhöhe besteht. Kolleg*innen fordern den Bau neuer Schulen, um Platz für zeitgemäße Pädagogik zu haben.
7. Schulleitungen beklagen, dass ihre Leitungszeiten auf der Datenbasis von November 2015 berechnet sind. Die seitdem festzustellenden erheblichen Veränderungen werden nicht berücksichtigt, die Arbeit muss trotzdem gemacht werden. Die tatsächliche Versorgungsquote der Schulen ist nicht transparent, da das entsprechende Datenverarbeitungsprogramm nicht hinreichend gepflegt wird.
8. Die immer wieder formulierte politische Zielsetzung der Erweiterung von Ganztagsangeboten wird als „wirklichkeitsfremd“ eingeschätzt. Gebundene Ganztagschulen halten ihr Angebot durch vergrößerte Gruppen aufrecht oder sprechen von pauschalem Ausfall durch fehlende Kräfte und qualitative Einbußen. Vertragliche Unsicherheiten im Sommer führten dazu, dass eine Reihe möglicher Mitarbeiter*innen „abgesprungen“ ist. Ungeachtet dieser Feststellung gibt es mehr Anmeldungen als Kapazitäten.

Zusammenfassung: Die politischen Entscheidungsträger haben sich verspekuliert. Deren Hoffnung, dass das pädagogische Personal die schlechte Situation der Schüler*innen wegen schon aushalten werde, ist ausgereizt. Protestmaßnahmen sind in der Abstimmung mit Eltern- und Schülervertreter*innen.

Die Pädagog*innen sind für die missliche Lage nicht verantwortlich, die Politik ist gefordert:

- Wie wird mit der deutlich schlechteren Versorgung als – in der 5mal größeren Stadt – Bremen umgegangen: Dort sind 38, hier 39 Stellen nicht besetzt?

Informationen des Stadtverbandes 8/2016

- Wie soll dem spürbaren Wechsel nach Niedersachsen begegnet werden?
- Nicht besetzte Stellen machen Gelder frei: Wie werden diese für die Qualifikation bzw. Entlastung der Schulen genutzt?
- Wann werden Schritte für ein Personalentwicklungskonzept endlich eingeleitet?

Zu diesem Zeitpunkt weiß niemand, wie sich die neuen Kolleg*innen einfinden, ob sie in Bremerhaven bleiben. Unstrittig ist, dass bei der vorhandenen Personaldecke Unterrichtsausfälle unvermeidbar sind.

Abschließend wurde als gravierender Fehler die Entscheidung eingeschätzt, die so genannte „Inklusion“ auf einzelne Klassen zu konzentrieren. Dies verbessert die Situation an keiner Stelle sondern spielt nur den politischen Kräften in die Hand, die alles nutzen, um tatsächliche Inklusion zu verhindern. Die individuellen Lernbedürfnisse bleiben nämlich unverändert von der Klassenbildung. Oder aber man möchte „Inklusion“ doch nur reduzieren auf die Integration von Behinderten. Dazu fordert das Schulgesetz aber etwas anderes.

Schon ´mal vormerken:

Di., 23. August, 16.00 Uhr,
R204, 2. OG im Gewerkschaftshaus
Fachgespräch W+E

Mi., 7. September, 16.00 Uhr,
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
BG-Sprecher*innen-Versammlung

Di., 13. September, 16.00 Uhr
JUB Junges Theater Bremerhaven,
Columbusstr. 2
Ausschuss-Sitzung Schule und Kultur

Do., 15. September, 10 – 16 Uhr
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
Neueinsteiger*innen-Seminar für neu
eingestellte Lehrkräfte in Bremerhaven